

## Buchbesprechungen

*Schaich, E. und A. Hamerle: Verteilungsfreie statistische Prüfverfahren. Eine anwendungsorientierte Darstellung (Springer Hochschultexte). Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1984. XIII, 346 S. Brosch. DM 39,80.*

Ein Großteil der klassischen statistischen Verfahren beruht auf der Annahme, die Daten kämen aus einer normalverteilten Grundgesamtheit; in anderen Fällen gelingt es, die Normalverteilung zumindest für große Stichproben ins Spiel zu bringen. Darüber hinaus sind einige auf der Normalverteilungsannahme beruhende Verfahren durchaus robust gegen Verletzungen derselben, so daß auch in solchen Fällen die Anwendung dieser Verfahren gerechtfertigt werden kann. Gleichwohl gibt es eine Reihe von Situationen, in denen man sich auf Normalität und asymptotische Eigenschaften nicht verlassen sollte. Sehr eindrucksvoll wird dies z. B. in der berühmten Princeton-Studie im scheinbar einfachen Fall der Lokationsschätzung demonstriert.<sup>1</sup>

E. Schaich und A. Hamerle haben in ihrem „Textbuch für einschlägige anwendungsbezogene Lehrveranstaltungen“ und „Nachschlagewerk für den Anwender“ die wohl wichtigsten verteilungsfreien Prüfverfahren zusammengestellt. Die Gliederung folgt der Einteilung der Verfahren in solche zum Ein-Stichproben-Fall, Zwei-Stichproben-Fall (unabhängig, abhängig) und k-Stichproben-Fall. Die Abschnitte zu den einzelnen Verfahren für Lokationsvergleiche, Streuungsvergleiche und Verteilungsvergleiche werden eingehrahmt von zwei Kapiteln über allgemeine Grundlagen und Probleme statistischen Prüfens, die die verteilungsgebundenen Verfahren im gleichen Maße betreffen wie die verteilungsfreien.

Diese Kapitel sind recht knapp gehalten, bringen aber eine ganze Reihe von Problemen auf den Punkt, die bei der Hypothesenformulierung, der Festlegung des Signifikanzniveaus, der Auswahl des Prüfverfahrens, der Datenqualität und der Interpretation der Ergebnisse (und ...) auftreten, die aber manchmal recht schamhaft verschwiegen werden.

Das Buch, in das eine Reihe von Originalarbeiten der beiden Verfasser eingeflossen ist, ist aufgrund der vielen Anwendungsbeispiele zur Testproblematik und zu den einzelnen Verfahren anschaulich und verständlich. Darüber hinaus bemühen sich die Verfasser sehr erfolgreich, die theoretischen Grundlagen der Tests den Adressaten, von denen lediglich Grundkenntnisse in statistischer Methodik erwartet werden, soweit wie möglich zugänglich zu machen. Die Entwicklung einzelner Prüfstatistiken und die Herleitung ihrer Nullverteilungen werden in der Grundidee immer plausibel gemacht und in einfacheren Fällen exemplarisch durchgeführt. Tabellen für die besprochenen Tests sind im Buch enthalten.

<sup>1</sup> Andrews, D. F. / P. J. Bickel / F. R. Hampel / P. J. Huber / W. H. Rogers / J. W. Tukey (1972), *Robust Estimates of Location. Survey and Advances*, Princeton University Press.

Wo Lücken bleiben — sei es in der Herleitung von Verfahren, in Beweisführungen oder sei es im Hinblick auf spezielle Verfahren, die im Buch nicht besprochen sind — helfen dem Leser Literaturhinweise weiter. Konkurrenzierende Tests werden im Hinblick auf Anwendungsvoraussetzungen insbesondere auch mit den verteilungsgebundenen Tests verglichen, Ergebnisse zur asymptotischen relativen Effizienz werden angegeben (bis auf den Fall der Unabhängigkeitstests bei zwei Stichproben, wo man einen Hinweis auf die hohe Korrelation des Spearman-Pearson- und des Kendallschen Rangkorrelationskoeffizienten und die asymptotische Äquivalenz der entsprechenden Tests vermißt).

Weil es für viele verteilungsfreie Verfahren so gut möglich ist, Tests von der Grundidee an auch für Anfänger durchschaubar zu machen und damit auch tiefere Einsichten in das Wesen von Tests zu ermöglichen, drängt sich einmal mehr die Frage auf, ob nicht verteilungsfreie Verfahren aus didaktischen Gründen in den Statistik-Einführungsveranstaltungen ein höheres Gewicht erhalten sollten. (Vgl. hierzu auch die Bemerkungen bei Büning/Trenkler S. 14 ff.?)

Hinzu kommen die oben genannten inhaltlichen Argumente; außerdem zeigt z. B. die rasche Entwicklung von bootstrap-Verfahren<sup>3</sup> die zunehmende Bedeutung verteilungsfreier Methoden.

Zusammenfassend kann damit gesagt werden, daß die Autoren eine didaktisch ausgezeichnete Einführung in ein wichtiges Gebiet der Statistik anbieten.

K. Ringwald, Duisburg

Göttinger Arbeitskreis (Hrsg.): *Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik der DDR* (Studien zur Deutschlandfrage, Bd. 8). Duncker & Humblot, Berlin 1984. 187 S. Kart. DM 68,—.

Die Beiträge des Sammelbandes beruhen auf Vorträgen, die im Oktober 1981 in Göttingen gehalten wurden und beschäftigen sich mit grundlegenden Fragen sowie mit Entwicklungstendenzen und aktuellen Problemen aus wirtschaftswissenschaftlicher und rechtswissenschaftlicher Sicht.

Im ersten Beitrag des Bandes „Ideologische und politische Grundlagen des Wirtschaftssystems der DDR“, diskutiert Thalheim vier grundsätzliche Fragenkomplexe: die gegenwärtige Rolle der marxistisch-leninistischen Ideologie, die aktuelle Interpretation des Planwirtschaftsbegriffes, das Vorhandenseins eines „ökonomischen Totalitarismus“ sowie mögliche Einflüsse der UdSSR auf die DDR-Wirtschaft. Während eine Ideologiegebundenheit aufgrund der dem Marxismus-Leninismus faktisch widersprechenden Eigentumsrechte nur in formaler Hinsicht bejaht wird, gelten für die konkrete Ausprägung des Planungsbegriffs noch immer die klassischen Vorstellungen. Auch die beiden anderen Fragenkomplexe werden positiv beantwortet: die Frage nach dem Einfluß der UdSSR mit dem Hinweis auf Transmissionsfunktionen der SED-Führung sowie die Stellung der DDR im RGW, die Frage nach dem Vorliegen eines ökonomischen Totalitarismus mit der All-

<sup>2</sup> Büning, H. / G. Trenkler (1978), *Nichtparametrische statistische Methoden*. de Gruyter, Berlin und New York.

<sup>3</sup> Efron, B. (1979), *Bootstrap methods: another look at the jackknife*. Annals of Statistics.

gemeinverbindlichkeit der herrschenden Ideologie sowie mit dem Einfluß der herrschenden Partei auf das wirtschaftliche Geschehen. Letzteren sieht der Autor allerdings nur mit gewissen Einschränkungen gegeben, womit er seine vorangestellte Totalitarismusdefinition im Grunde aufgibt, die noch auf den ‚vollständigen‘ Verfügungsanspruch der herrschenden Partei über die Wirtschaft rekurriert.

Der interessanten Frage, warum die bisherigen Wirtschaftsreformen häufig den Charakter von weitreichenden, die Ordnung stark verändernden Großexperimenten aufwiesen, geht *Gutmann* in einem ordnungspolitischen Grundlagenbeitrag nach. Ausgehend vom entscheidungs-, informations- und motivationsorientierten Ansatz der Bestimmung und Analyse von Wirtschaftssystemen sieht er das zentrale Problem in der optimalen Abstimmung von genau vorzugebenden (expliziten) und begrenzte Entscheidungsspielräume ermöglichen (impliziten) Verhaltensnormen. Die damit verbundene Optimierung der Entscheidungs-, Informations- und Motivationsstruktur setzte allerdings eine geschlossene, für die wirtschaftspolitische Praxis verwendbare Theorie voraus, die gegenwärtig nicht vorhanden ist. Weder die traditionellen Konzepte von Hensel und Lange noch das neuere Modell von Conn oder die betriebswirtschaftliche Organisationstheorie hält *Gutmann* für geeignet, weil sie entweder wesentliche Elemente vernachlässigen oder aufgrund ihres hohen Abstraktionsniveaus keine Hilfen für konkrete Gestaltungsprobleme bieten. Eine weitere Ursache für Großexperimente sieht er in der prinzipiell holistischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, die Stückwerkstechnologie nicht zuläßt, sondern jene Methoden begünstigt, die Gesellschaften in ihrer Gesamtheit nach einem festen Gesamtplan zu gestalten versuchen.

Wirtschaftliche Grundüberlegungen sind Kennzeichen für die Verfassung der DDR. Dies verdeutlicht *Zieger* an umfangreichen Beispielen. Wesentlich ist dabei, daß neben Fragen der Eigentumsstruktur, der Planung und Organisation auch das Wachstumsziel in der Verfassung festgeschrieben und damit zur Staatszielbestimmung erklärt worden ist. Das gleiche gilt seit der Verfassungsänderung von 1974 auch für die Integration im RGW. Dominierend für die Wirtschaftsverfassung ist das Prinzip der zentralen Planung, das sich auch in allen anderen rechtlichen Regelungen niederschlägt und allen bisherigen Änderungen stangehalten hat. Konkret zeigt sich das im Volkswirtschaftsplan, als oberstem Gesetz über den Wirtschaftsablauf, in der rechtlichen Organisation des Außenwirtschaftsverkehrs sowie im Vertragsgesetz, das 1982 geändert wurde, und der Kombinationsverordnung, die 1979 in Kraft trat. Diesen Regelungen sind spezielle Beiträge gewidmet.

Entwicklung, Gegenwartsprobleme und Reform des Wirtschaftsvertrages stellt *Pleyer* in einem Übersichtsartikel dar, wobei auch Parallelen gezogen werden zu aktuellen Rechtsproblemen in der Bundesrepublik Deutschland. So findet etwa die der Neufassung des Vertragsrechts vorausgegangene Forderung um Vereinheitlichung der vielfältigen und umfangreichen Durchführungsverordnungen, Vertragstypen sowie Kooperations- und Koordinationsvereinbarungen durch wenige allgemeine Grundsätze ihre Entsprechung in der aktuellen Diskussion über eine stärkere Konkretisierung der bekanntlich sehr weiten Regelungen des BGB sowie über die ‚Leitbildfunktion‘ des dispositiven Rechts. Vergleichbare Problemlagen gelten — trotz unterschiedlicher Intentionen — auch für das Konzernrecht und die Kombinatsverordnung, etwa im Hinblick darauf, ob die Konzernmutter bzw. der Generaldirek-

tor des Kombinats den Konzernsöhtern bzw. den Kombinatsbetrieben nachteilige Weisungen erteilen darf und wie die Haftung für die Folgen solcher Weisungen geregelt sind. Der mangelnden Regelung möglicher Interessenkonflikte zwischen den ökonomisch und juristisch selbständigen Kombinatsbetrieben und dem formal allein weisungsberechtigten Generaldirektor und der damit verbundenen Rechtsunsicherheit widmet sich auch *Mampel* in seinem ausführlichen und instruktiven Beitrag über die Rechtsstellung der Kombinate. Dabei werden nicht nur Widersprüche und Probleme aufgezeigt, sondern auch grundsätzliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den anderen sozialistischen Wirtschaftseinheiten (Betriebe, Gebietskörperschaften). Von der Kombinatsverordnung betroffen sind auch die Außenhandelsbetriebe, die zur Hälfte in Kombinate eingegliedert wurden. Als Bestandteil des Außenhandelsmonopols allein mit der Abwicklung des Außenwirtschaftsverkehrs beauftragt, unterstehen sie damit sowohl dem Generaldirektor des Kombinats als auch dem Minister für Außenhandel. Die sich daraus ergebenden Einflüsse auf die immer wieder geforderte Eigeninitiative der Außenhandelsbetriebe schildert *Lieser / Triebnigg* in ihrem Artikel über die Handhabung des Außenhandelsmonopols.

Die restlichen Beiträge beschäftigen sich mit ausgewählten ökonomischen Aspekten. *Erdmann* schildert die Reformbemühungen der 70er Jahre, wobei allerdings nicht einzusehen ist, warum er das Holismuspostulat von Gutmann für die gesamte Periode ablehnt. Seine Ausführungen zu den Dezentralisierungsmaßnahmen bestätigen zumindest für die erste Hälfte der 70er Jahre eher die Behauptung weitreichender, die gesamte Volkswirtschaft betreffender Konzeptionswechsel. *Haendke-Hoppe* systematisiert die Möglichkeiten und Grenzen privatwirtschaftlicher Betätigung in der DDR, ein Bereich, der angesichts der relativ geringen Ausbreitung des offiziellen privaten Sektors in der Literatur nur wenig Aufmerksamkeit genießt. Dem hält die Autorin anhand umfangreichen statistischen Materials entgegen, daß sich selbst nach der letzten Verstaatlichungswelle im Jahre 1972 nicht nur ein Rest an privatwirtschaftlichen Aktivitäten mit verschiedentlich herausragender Bedeutung (Handwerk) gehalten hat, sondern in Bereichen mit Versorgungslücken sogar eine Zunahme mit gezielter staatlicher Förderung zu verzeichnen ist. *Haase* zeichnet in einem sich anschließenden kurzen Beitrag Schwerpunktverlagerungen in den Aufgaben der öffentlichen Finanzen nach. Seiner Folgerung, daß die Staatsquote der DDR keineswegs höher sei als in marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften, ist allerdings nur bedingt zuzustimmen. Denn selbst die von ihm bereits bereinigte Quote von 60 v. H. wird von den meisten Marktwirtschaften (Bsp.: Bundesrepublik, USA, Japan, Schweiz) weit unterschritten.

Der vorliegende Band entspricht dem typischen Zuschnitt von Konferenzbänden. Die Beiträge stehen in einem nur losen Zusammenhang, widmen sich speziellen Problemen und weisen verschiedentliche Überschneidungen auf. Auch liegen einzelne Beiträge — in mehr oder weniger abgewandelter Form — bereits anderweitig vor und erweist sich der vergleichsweise späte Erscheinungstermin für die an aktuellen Entwicklungen ausgerichteten Analysen als störend. Dies soll nicht die Qualität der Beiträge schmälen. Sie sind instruktiv und systematisch konzipiert und bieten daher nicht nur Experten eine Fülle von Informationen und Denkanstößen.

K.-H. Hartwig, Münster

*Majer, Helge (Hrsg.): Qualitatives Wachstum. Einführung in die Konzeptionen der Lebensqualität. Campus Verlag, Frankfurt 1984. 292 S. DM 39,—.*

Dieses Buch stellt einen Nachklang von Diskussionen dar, die im wesentlichen in den Siebziger Jahren stattgefunden haben: initiiert, oder doch inspiriert, durch politische Forderungen nach „Humanisierung des Arbeitslebens“ oder, allgemeiner, nach Verbesserung der „Lebensqualität“, entstand in der Soziologie die sogenannte „Indikatorenbewegung“, eine theoretische Strömung, deren Anliegen es war, beobachtbare und messbare Größen festzulegen, deren Veränderung auch eine Veränderung der „Lebensqualität“ anzeigen; in der Wirtschaftstheorie konzentrierten sich einige „technischere“ und auch speziellere Untersuchungen auf die Frage, ob das Sozialprodukt ein geeigneter sozialer Wohlfahrtsindikator sei und welche Möglichkeiten zur Verbesserung dieses Wohlfahrtindikators bestehen. Die einschlägige Literatur wird im Literaturverzeichnis des besprochenen Buches genannt.

Die dreizehn Autoren der sechzehn Beiträge, welche das Buch enthält, gehören anscheinend allesamt (eine tabellarische Übersicht auf S. 286 legt diese Vermutung jedenfalls nahe) der Universität Stuttgart an. Außer diesem institutionellen Band scheinen sie ganz gewisse politische Überzeugungen und ein gewisser Freimut im Aussprechen von Wertungen zu verbinden.

Nach ihrer politischen Tendenz gehören wohl alle Autoren zum Lager der „Kritischen Ökonomen“: man kann viele Stellen im Buch benennen, an denen ein Versagen des Marktes oder eine Unfähigkeit der Konsumenten oder Arbeitnehmer konstatiert wird, ihre „wahren“ Interessen oder Bedürfnisse zu kennen: „Sind die privaten und öffentlichen Verbraucher mündig? Oder müssen ihre Aktivitäten in die ‚richtigen‘ Bahnen gelenkt werden?“ (S. 36). Die Antwort lautet (S. 44): „Private und öffentliche Nachfrager sind offenbar nicht in der Lage, die ‚richtige‘ qualitative Zusammensetzung des Sozialproduktes zu gewährleisten.“ An anderer Stelle (S. 156) heißt es über die Fehleinschätzung der eigenen Arbeitsbedingungen durch die Arbeitnehmer: „Wer keine anderen Bedingungen kennt, wenig Phantasie besitzt und sich wohlfühlt in der Geborgenheit des Gewohnten, mag sogar überzeugt sein, daß er den humansten Arbeitsbedingungen unterliegt.“ Wenig später kann man aber über die wirklichen Verhältnisse lernen (S. 159): „Die Humanisierung der Arbeitsbedingungen ist zeitbezogen und unterliegt dem Urteil des objektiven Geistes einer Periode.“ Aber während den Wirtschaftssubjekten und dem Markt an diesen und vielen weiteren Stellen nahezu aller Beiträge verschiedenste Formen des „Versagens“ bescheinigt werden, „bleibt in den meisten Erklärungsansätzen der Staat weiterhin eine Institution, an die sich die Hoffnung richtet, am besten mit den jeweiligen Herausforderungen fertig werden zu können.“ (S. 170) Die Worte Staats-“ oder „Bürokratieversagen“ fehlen dementsprechend im Sachregister.

Die diagnostizierten Folgen der Wirkens von Allokationsmechanismen, die, staatlicherseits unkontrolliert, versagen, sind erschreckend: So ist zu lesen (S. 146), daß am Nutzen des technischen Fortschrittes eine „kleine Minderheit in hohem Maße ... partizipiert“, aber „... eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern die negativen externen Effekte zu tragen hat.“ Oder es werden dem Leser die möglichen Folgewirkungen neuer Medien in deutlicher (wenn auch vielleicht grammatisch nicht ganz korrekter) Sprache vor Augen geführt (S. 178): „Auf diese Weise kann ein Wandel in der Gesellschafts-

struktur eintreten, der zu neuem Analphabetismus auf der einen und Herrschaftswissen auf der anderen Seite führt, der die Massen abstumpft und brutalisiert.“

Die Autoren scheuen sich nicht, die Normen beim Namen zu nennen, die verfolgt werden sollen, und die Instrumente aufzuzeigen, die anzuwenden sind, wenn apokalyptische Visionen dieser Art nicht Wirklichkeit werden sollen, sondern wenn es trotz allem gelingen soll, „— mit Materiellem und einer wohlstrukturierten Qualität des Wohlstandes im Tornister — in die Kulturgesellschaft einzuschwenken, in der die Glückseligkeit der Lebensqualität vollständig verwirklicht ist.“ (S. 46)

Es ist nicht verwunderlich, daß es auf diesem Wege erforderlich ist, den Ballast des Weberschen Wertfreiheitspostulates abzuwerfen, denn dieser Standpunkt wird „politisch..., wenn wissenschaftliche Diskussionen mit dem Argument der verbotenen Wertfrage unterbunden werden.“ (S. 69) Bei so „politischen“ Fragen ist es vielleicht von untergeordneter Bedeutung, daß aus Webers berühmtem „Aufsatz in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (1904)“ (S. 72) zitiert wird (einer Zeitschrift, in der Weber nie publizierte, da er stattdessen das „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ vorzog); bedeutend ist allein der Inhalt des dort Gesagten. Leider erweckt der Autor, *W. Bohling*, den Eindruck, Weber habe das Postulat der Wertfreiheit aufgestellt, weil der Begriff „Wert“ „zutiefst umstritten“ sei und für ihn zahlreiche „mehr oder minder disparate Definitionen“ bestünden. „Aus diesen nicht zu überwindenden Auffassungsunterschieden zog Max Weber (1904) die Konsequenz des Wertfreiheitspostulats.“ (S. 61) Diese Darstellung ist leider, zumindest sofern sie sich auf Webers Aufsatz im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (1904)“ bezieht, falsch. Nicht die große Anzahl von Nominaldefinitionen für den Begriff „Wert“, sondern die Weber untragbar scheinenden Folgen, die entstehen, wenn Wertungen in objektsprachlichen wissenschaftlichen Aussagen zugelassen würden, waren ihm Anlaß, sein Postulat aufzustellen.

Ganz zutreffend konstatiert aber *Bohling* (S. 61), „... der vor dem wissenschaftstheoretischen Hintergrund unbefangene Umgang mit diesem schwierigen Problem“ falle auf.

So untergeordnet eigentlich das Interesse Webers an Nominaldefinitionen von „Wert“ oder anderen Begriffen war, so deutlich ist dieses Interesse im vorliegenden Sammelband, vor allem an Ausdrücken wie „Sozialprodukt, Wohlstand, Wohlfahrt, qualitatives Wachstum und Lebensqualität“ (S. 45). Doch so verdienstvoll es sein mag, „partialanalytisch“ zu klären, „was unter qualitativem Wachstum und Lebensqualität verstanden wird und verstanden werden kann“ (S. 33), so bescheiden muß man doch auch die Rolle von Nominaldefinitionen „als analytische Orientierungshilfen und Instrumente wissenschaftlicher Untersuchungen“ (S. 32) veranschlagen: Orientierungshilfen oder Instrumente können sie *nur* sein, insofern sie (auf metasprachlicher Ebene) die Verwendung von sprachlichen Zeichen wie „qualitatives Wachstum“ per Konvention festlegen. Die eigentliche Arbeit des Ökonomen, nämlich das Vorliegen von Sachverhalten zu erklären und zu prognostizieren oder die Erreichbarkeit von Zielen zu untersuchen, ist damit aber nicht getan, sondern beginnt überhaupt erst.

Der Herausgeber stellt in seinem Vorwort eine Kluft fest „zwischen dem Bedarf einer inhaltlichen ausgestalteten Politik zur Wohlfahrtssteigerung

auf der Basis von Lebensqualität und qualitativem Wachstum sowie dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand über diese Komplexe auf der anderen Seite“, und er beschreibt es als das wissenschaftliche Ziel des Sammelbandes, „diese Kluft zu verringern“ (S. 7). Die dreizehn Autoren haben sich dieser Aufgabe auf sehr unterschiedliche Weise, mit unterschiedlichen Graden der Spezialisierung ihren Beiträge und mit einer Themenwahl entledigt, die offenbar auch von ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten (wie sie auf S. 286 genannt werden) bestimmt wurde. Die Spannweite der recht heterogenen Einzelthemen, die unter dem Titel des Bandes „Qualitatives Wachstum“ zusammengefaßt sind, ist recht groß: sie reicht von einer Fallstudie über die Firma „Shafiq and Sons Ltd., Pakistan“, die Fadennudeln für den Export herstellt (S. 119 ff.), bis hin zu definitorischen und analytischen Zusammenhängen von qualitativem Wachstum und Lebensqualität (S. 32 ff.). Es ist daher der Sache nach unmöglich, den Inhalt der Einzelbeiträge hier kritisch zu referieren.

Den aufmerksamen Leser erwartet aber eine Fülle von interessantem Material und diskussionswürdigen Meinungen.

M. Tietzel, Duisburg

*Hauser, Heinz und Jürg H. Sommer: Kostendämpfung im Gesundheitswesen in den USA, in Kanada und in der Bundesrepublik Deutschland. Ansatzpunkte für die schweizerische Reformdiskussion. Paul Haupt, Bern/Stuttgart 1984. 278 S. DM 42,—.*

Die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen steht seit Jahren im Mittelpunkt der gesundheitspolitischen Diskussion. Der heutige Trend der Gesundheitsausgaben scheint mittelfristig nicht finanziert zu sein, zumal sich die Zweifel mehren, daß dem zunehmenden Einsatz an Mitteln entsprechende Verbesserungen der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung gegenüberstehen. In der vorliegenden Arbeit werden Erfahrungen mit alternativen Kostendämpfungsmaßnahmen in den USA, in Kanada und in der Bundesrepublik Deutschland gründlich untersucht und auf ihre Bedeutung für das schweizerische Gesundheitswesen geprüft. Die USA eignen sich deshalb als Fallbeispiel, weil sich der Staat auf die Medicaid- und Medicare-Programme beschränkt und sich die Leistungs- und Finanzierungsstrukturen freier entfalten können. Außerdem ist die amerikanische Entwicklung, insbesondere auch die im stationären Bereich, sehr viel stärker wissenschaftlich untersucht worden als in anderen Ländern. Kanada mit seinem zentralisierten Finanzierungssystem gilt deswegen als besonders interessantes Beispiel, weil es zeigt, in welchem Maß die Finanzierungsstrukturen den längerfristigen Kostentrend beeinflussen können. Die Bundesrepublik Deutschland wurde herangezogen, weil die globalen Eingriffe zur Kostendämpfung in die verbandliche Verhandlungsstruktur eingefügt und weniger vom Staat selbst verordnet wurden, ohne allerdings am Leistungs- und Finanzierungssystem selbst etwas zu ändern.

Unter der (realistischen) Annahme, daß heute und in absehbarer Zukunft das medizinisch Machbare nicht unbeschränkt finanziert ist, versuchen Hauser und Sommer aus den drei Länderstudien Erkenntnisse für die schweizerische Reformdiskussion zu gewinnen. Dabei fällt auf, daß lediglich Gesamtbudgets oder marktwirtschaftliche Kontrollen als die grundsätzlichen und als wirksam angesehenen Alternativen abgeleitet werden; der in der Bundesrepublik Deutschland praktizierten Globalsteuerung mit ihren Auf-

rufen zur kollektiven Selbstbeschränkung wird nur dann eine Chance eingeräumt, wenn die Ausgabenrichtlinien durch geeignete individuelle Anreize ergänzt oder zu echten Budgetbeschränkungen ausgestaltet werden. Die mangelnden individuellen Anreize für die einzelnen Ärzte und einzelnen Patienten werden von Hauser und Sommer zu Recht als das Grundübel der derzeitigen Situation in der Bundesrepublik Deutschland herausgestellt, deren Ursache in der fragmentierten Leistungs- und Finanzierungsstruktur und insbesondere in der vorherrschenden Drittfinanzierung gesehen wird. Diese Strukturen bedürfen — und dieses Ergebnis kann durchaus auch auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen werden — der Reformen, deren Aufgabe es ist, Kosten-Nutzen-Betrachtungen zu fördern und die Behandlungsintensität zu verringern. Beim Vergleich der beiden übergreifenden Strategien zur Bewältigung der Kostenprobleme stellen Hauser und Sommer der Quotensteuerung in England und Kanada, die ohne sichtbare Einbuße an gesundheitlicher Versorgung im Sinne von Morbiditäts- und Mortalitätsziffern zu z. T. weitaus geringeren Kosten führten, jedoch die Nachteile staatlich zentralisierter Finanzierungssysteme gegenüber. Die staatlich verfügte Begrenzung der Ressourcen geht in den genannten Ländern auf Kosten der individuellen Wahlfreiheit und der medizinisch-technischen Innovation und führt im Falle Englands nach verbreiteter Ansicht auch zu einer generellen Unterkapitalisierung der Gesundheitsversorgung. Etwas vorhandene Zahlungsbereitschaft kann nicht oder nur unzureichend signalisieren, ob zu viel oder zu wenig an finanziellen Mitteln in den medizinischen Sektor fließt. Die von den beiden Autoren bevorzugten wettbewerblichen Strategien zur Kosten- und Leistungskontrolle beschränken sich auf grundsätzliche Überlegungen, da trotz vereinzelter Erfahrungen in den USA funktionierende Märkte im Rahmen der sozialen Krankenversicherung bisher nicht existieren. Voraussetzung einer mehr marktwirtschaftlichen Orientierung ist nach Auffassung der Autoren jedoch die Sicherung des Zugangs zu den erforderlichen wünschenswerten Leistungen bei angemessener Beschränkung der finanziellen Belastung. Ein Mindestmaß an Sozialausgleich erscheint ihnen unabdingbar, wobei sich die Autoren auf eine konkretere Fassung dieser Nebenbedingung nicht einlassen. Der Kerngedanke einer Neuorientierung, wie sie auch in der Bundesrepublik Deutschland als erforderlich angesehen wird, ist einfach: dem Nachfrager muß es ermöglicht werden, kosteneffiziente Versorgungsformen im ambulanten und stationären Bereich herauszufinden und zwischen ihnen zu wählen. Konkret geht es um die verschiedenen Spielarten der Selbstbeteiligung, die in der Bundesrepublik Deutschland — anders als in der Schweiz — wegen des vorherrschenden Sachleistungsprinzips z. Zt. nur begrenzt einsetzbar sind. Noch wichtiger erscheinen den Autoren Versicherungssysteme, wie sie derzeit in den USA unter der Bezeichnung Health Maintenance Organizations oder Alternative Delivery Systems praktiziert und diskutiert werden. In der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem gegliederten System der Krankenversicherungen müßte die Frage nach dem angemessenen Umfang des Versicherungsschutzes und des Sozialausgleichs neu beantwortet werden, wobei es einer Liberalisierung des Mitgliedschafts-, Leistungs- und Beitragsrechts bedarf. Allerdings trifft auch bei uns zu, was für die Schweiz gilt: Sozialrechtliche Reformen bzw. Änderungen in den Verfügungsrechten sind Voraussetzung, um die verkrusteten Strukturen im Gesundheitswesen mehr als nur marginal aufzubrechen.

Hauser und Sommer leisten einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über eine Neuorientierung im schweizerischen Gesundheitswesen; ihre Empfehlungen lassen sich im großen und ganzen auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen. Ihr Buch ist klar aufgebaut, ausgezeichnet geschrieben und unmißverständlich in seinen Schlußfolgerungen. Es eignet sich wegen der großen Sachkenntnis der Autoren auch als Nachschlagewerk, wenn es um eine Einschätzung der vier behandelten Gesundheitssysteme geht.

K.-D. Henke, Hannover

*Claasen, Jens-Uwe: Die Entwicklung der kategorialen Einkommensverteilung. Theoretische und komparativ-empirische Analysen für die Bundesrepublik Deutschland und die Skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden im Zeitraum 1950 bis 1980. Kieler Wissenschaftsverlag Vauk, Kiel 1984. 323 S. DM 45,—.*

In der wirtschaftspolitischen Diskussion der letzten Jahre taucht, speziell in Deutschland, immer wieder die Frage nach der „richtigen“ Lohnquote auf, insbesondere unter dem Aspekt, welchen Einfluß strukturelle Komponenten auf die gesamtwirtschaftlichen Verteilungsrelationen haben. Mit dieser Arbeit, die im Rahmen eines DFG-Projekts entstanden ist, wird diese Diskussion neuerlich belebt und zweifellos bereichert. Die aktuelle Bedeutung seines Themas leitet der Autor aus dem oftmals — z. B. vom Sachverständigenrat — konstatierten Zusammenhang von Lohnquote und Beschäftigungs niveau einerseits, der bei nachlassendem Wirtschaftswachstum zu erwarten den Verschärfung von Verteilungskonflikten andererseits ab. Sein eigentliches Anliegen sieht er aber eher im Vorfeld dieser Zusammenhänge, der Frage nämlich, ob und inwieweit der in vielen Industrieländern zu beobachtende Anstieg des Lohn- und Gehaltsanteils am Volkseinkommen bereits durch strukturelle Faktoren „erklärbar“ ist, also durch die Zunahme des Anteils abhängig Beschäftigter an den Erwerbstägigen insgesamt oder das relative Vordringen von Sektoren mit hohen Lohnanteilen (z. B. des Staates) vorgeprägt war. Als Beispiele solcher hochentwickelter und relativ ähnlicher Volkswirtschaften dienen ihm die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Norwegen und Schweden.

An den Beginn seiner vorwiegend methodisch und empirisch konzipierten Arbeit stellt er eine kurze Diskussion der gängigen Verteilungskonzepte (Kapitel I). Für den weiteren Fortgang seiner Arbeit entscheidet er sich für die auf seinen akademischen Lehrer A. Jeck (und S. Kuznets) zurückgehende kategoriale Einkommensverteilung, also die Verknüpfung von Einkommenskategorien (Arbeits- vs. Gewinneinkommen) mit Erwerbstägigenkategorien (Beschäftigte Arbeitnehmer vs. Selbständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger). Als Quotient der daraus abgeleiteten Pro-Kopf-Einkommen ( $l$  bzw.  $p$ ) ergibt sich die relative Verteilungsposition  $x = l/p$ . Probleme bei der statistischen Auffüllung dieser Einkommensbegriffe, insbesondere das der sogenannten Querverteilung (Stobbe) werden vom Autor zwar erwähnt, in ihrer quantitativen Bedeutung aber offenkundig unterschätzt. Hinzuweisen ist aber auch darauf, daß bei einer sektoralen Betrachtung, wie der Autor sie anstrebt, in Einzelfällen unplausible und starken Zufallsschwankungen unterworfene Ergebnisse auftreten können, etwa im deutschen Bergbau, in der Energiewirtschaft oder bei Banken und Versicherungen (vgl. z. B. S. 158).

Im Anschluß an diese Überlegungen gibt der Verfasser einen Überblick über „die wirtschaftliche Entwicklung und das statistische Bild der kategorialen Einkommensverteilung“ in den vier untersuchten Ländern (Kapitel II). Auch wenn man berücksichtigt, daß der Autor ökonomische Bestimmungsgrößen und Wirkungen von Verteilungsänderungen ausdrücklich ausklammert, ist dieses Kapitel (mit acht Textseiten und vier Tabellen bzw. Schaubildern) zweifellos sehr knapp geraten — zu knapp, um mehr als triviale Feststellungen zu liefern, etwa nach der Art, daß in allen Ländern Produktion und Einkommen, Erwerbstätigkeit und Preise, aber auch der (unbereinigte) Lohn- und Gehaltsanteil am Volkseinkommen z. T. außerordentlich gestiegen sind. Einige weitergehende Informationen, etwa über die Wachstumszyklen der beteiligten Volkswirtschaften, die Preis- und Produktivitätsentwicklung, die jeweiligen Nachfragestrukturen oder das Verhältnis der Tarifpartner bzw. den Einfluß des Staates auf den Verteilungskampf wären zweifellos nützlich gewesen, hätten auch die ausgedehnte deskriptive Analyse der Komponenten der Lohnquote (vgl. Kapitel V) erleichtert und belebt.

Relativ breiten Raum nimmt die vergleichende und erfreulich kritische Betrachtung der bisher vorgelegten Arbeiten zur Lohnquotenentwicklung und ihrer Determinanten ein (Kapitel III). Dieser Teil des Buches gibt einen (fast) vollständigen Überblick über die vorliegenden Arbeiten. Er ist kompetent und verständlich geschrieben, was insbesondere dadurch erleichtert wird, daß der Autor sich der Mühe unterzogen hat, alle Ansätze (z. B. die Lohnquotenbereinigung und die Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer seitens des Sachverständigenrates, den Ansatz von R. M. Solow und A. Jeck wie auch die Bereinigungsverfahren des RWI) in einer einheitlichen Nomenklatur zu formulieren. Gemeinsam ist allen zitierten Verfahren, daß sie strukturelle Komponenten, insbesondere die Zunahme der abhängigen Erwerbstätigkeit im Vergleich zu selbständiger Tätigkeit, zu eliminieren suchen. Hilfsmittel hierzu ist eine tautologische Aufspaltung der effektiven Lohnquote; es lassen sich hypothetische Lohnquoten bilden, die zu einem Zeitpunkt  $t$  erreicht worden wären, wenn die Sozialstruktur ( $a$ , definiert als Verhältnis von Abhängigen zu Selbständigen) des Zeitpunktes  $o$  noch gültig wäre. Zu recht kritisiert er die „traditionellen“ Verfahren mit dem Hinweis, daß deren Bezugsgröße (das durchschnittliche Volkseinkommen) wegen der unterschiedlichen Einkommensniveaus der beiden sozialen Gruppen heute anders wäre, gelte noch die Sozialstruktur des Zeitpunktes  $o$ . Dies hat bekanntlich die fatale Konsequenz, daß die bereinigte Lohnquote und eine analog bereinigte Profitquote sich nicht mehr zu 1 addieren, sondern in der Realität zumeist darüber liegen. Diese Schwäche hat der von ihm favorisierte Ansatz von A. Jeck (und der frühere RWI-Ansatz) nicht. Allerdings ist auch die relative Verteilungsposition  $x = l/p$  vermutlich nicht invariant gegen Veränderungen der Sozialstruktur  $a$ : Nimmt man an, daß es vor allem Inhaber von Grenzbetrieben mit unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Gewinn-Einkommen sind, die ihre Selbständigkeit aufgeben, dann steigt — rein statistisch — das Durchschnittseinkommen der verbleibenden Selbständigen. Umgekehrt bleibt bei Änderung der Sozialstruktur der Durchschnittslohn der Arbeitnehmer nur dann konstant, wenn die ehedem Selbständigen heute genau den Durchschnittslohn erhalten. Auch das Verteilungsmaß von A. Jeck arbeitet — implizit und ohne nähere Begründung — mit bestimmten Annahmen über das Einkommen der „Statuswechsler“<sup>1</sup>. Dies nährt im übrigen Zweifel an jeder Form der Lohnquotenbereinigung, wird doch so getan, als hätten die ehedem Selb-

ständigen, wären sie in dieser Tätigkeit geblieben, auch heute noch das Durchschnittseinkommen aller heutigen Gewinnbezieher. Sozialstruktur ( $a$ ) und Verteilungsposition ( $x$ ) sind in der Realität vermutlich nicht unabhängig voneinander: wenn und soweit gerade die Verschlechterung der Gewinnlage einem Teil der Selbständigen die Aufgabe des Betriebes und ein Überwechseln in abhängige Beschäftigung angezeigt erscheinen ließen, wird durch die Lohnquotenbereinigung gerade diese Verschlechterung der Gewinnlage „herausgerechnet“. Anders formuliert: Eine Verschlechterung oder Verbesserung der Einkommenslage der sozialen Gruppen schlägt sich u. U. nicht in einer Veränderung der relativen Verteilungsposition, sondern in einer veränderten Sozialstruktur nieder.

Überzeugend ist — zumindest in seiner formalen Darstellung — das Kapitel IV gelungen, in dem der Autor seine eigene Konzeption entwickelt und auf methodische Probleme hinweist, die entstehen, wenn mehr als eine Einflußgröße der Lohnquotenentwicklung isoliert werden soll. Soll etwa neben dem Sozialstruktureffekt auch der Wirtschaftsstruktureffekt — z. B. durch das Vordringen von Wirtschaftsbereichen mit hohen Lohnquoten — isoliert werden, dann

- treten bei einer additiven Verknüpfung der einzelnen Komponenten prinzipiell nicht zurechenbare Joint-Effekte auf;
- ergeben sich bei multiplikativer Verknüpfung Gewichtungsprobleme, da die Zerlegungsformel notwendigerweise je einen Laspeyres-, einen Paasche-, und mindestens einen Mischindex enthält. Bei  $n$  isolierten Faktoren sind dies  $n!$  Indexkombinationen. Eine Festlegung auf eine bestimmte Indexkombination aufgrund formaler Kriterien ist in der Tat unmöglich.

Im empirischen Teil seiner Arbeit (s. u., Kapitel V) weist der Autor dann auch konsequenterweise alle sechs Varianten der multiplikativen Verknüpfung und den Joint-Effekt der additiven Verknüpfung explizit nach. Dies ist methodisch sicherlich einwandfrei, führt aber zu relativ weiten Ergebniskorridoren. Zu fragen ist allerdings, ob das Untersuchungsziel und die wirtschaftspolitische Fragestellung nicht gewisse Präferenzen für bestimmte Varianten begründen: wenn und solange die um Wirtschafts- und Sozialstruktureffekte bereinigte Lohnquote das Ziel ist und man — wie der Autor — einem Laspeyres-Index höhere Beliebtheit und Plausibilität einräumt, erscheint eine Konzentration auf die Varianten I und V völlig ausreichend. Hier wird die Verteilungskomponente in identischer Weise, der partielle Einfluß der Wirtschafts- oder Sozialstruktur hingegen in unterschiedlicher Weise definiert. Von Interesse könnte dann allenfalls noch der isolierte Einfluß der Wirtschafts- bzw. Sozialstrukturkomponente auf die Lohnquote sein, hierzu ließen sich entsprechende Laspeyres-Indices berechnen. Die Zahl der ausgewiesenen Zeitreihen hätte, wie auch immer, ohne nennenswerten Informationsverlust deutlich reduziert werden können.

<sup>1</sup> Bei seiner Kritik späterer Arbeiten des RWI (im Kapitel IV) unterliegt der Autor gerade in diesem Punkt einigen Irrtümern und Fehlinterpretationen, die hier nur erwähnt, nicht aber kritisiert werden sollen, da der Rezensent — der zugleich (Mit-)Autor der RWI-Studien ist, sie durch zu knappe und mißverständliche Formulierungen möglicherweise selbst zu verantworten hat. Zu nennen sind hier insbesondere die Berücksichtigung steigender Erwerbstätigenzahlen, das theoretische Konstrukt der „Statuswechsler“ und die prinzipielle Unkenntnis über deren Einkommen.

Inhalt des Kapitels V ist eine recht ausführliche Diskussion der Ergebnisse einer Lohnquotenzerlegung für die vier untersuchten Länder, und zwar sowohl hinsichtlich des Strukturbildes und der strukturellen Veränderungen der sektoralen Einkommensverteilung als auch hinsichtlich des Beitrages einzelner Sektoren zur Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote. Zusammengefaßt lautet das Ergebnis, daß in allen Ländern von der Veränderung der Sozialstruktur und auch (zumindest bis zur Mitte der siebziger Jahre) von Veränderungen der Produktionsstruktur ein die Lohnquote erhöhender Einfluß ausgegangen ist. Bezüglich der Verteilungskomponente werden wechselnde Einflußrichtungen und -stärken in den Ländern und Teilzeiträumen konstatiert, wofür z. T. methodische und statistische Probleme verantwortlich gemacht werden. Immerhin glaubt der Autor aber feststellen zu können, daß

- „(für) die trendartige Veränderung der Lohnquote in der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren ... die Verteilungskomponente ohne besondere Bedeutung (ist)“. (S. 250) und
- „(sich) für die Richtigkeit der Behauptung, der in der Bundesrepublik Deutschland und anderen hochentwickelten Volkswirtschaften geringe Beschäftigungsgrad sei auf eine tendenzielle Verbesserung der relativen Einkommenssituation der abhängig Beschäftigten zurückzuführen, in den hier zusammengetragenen empirischen Befunden keine Anhaltspunkte finden lassen“. (S. 253).

Dies ist zumindest ein vorschnelles Urteil. In den siebziger Jahren sind sehr wohl die Arbeitslosenquoten und die relative Verteilungsposition der Arbeitnehmer im Gleichschritt gestiegen. Dies ist natürlich noch kein Gegenbeweis für die vom Autor vertretene These, zeigt aber doch, daß eine so weit reichende Aussage erst nach einer sorgfältigen Analyse aller ökonomischen Determinanten und Wirkungszusammenhänge getroffen werden sollte.

Insgesamt ist dieses Buch wegen seiner klaren Gliederung, der umfassenden Auswertung der Literatur und der analytisch-methodischen Sorgfalt durchaus lesenswert. Die bewußte Ausblendung ökonomischer Zusammenhänge erweist sich jedoch spätestens in der zusammenfassenden Bewertung als nicht ungefährlich, verführt sie den Autor doch zu wenig abgesicherten Schlußfolgerungen. Schließlich darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß sich mindestens in einem Fall offensichtlich Datenfehler (Nettoinlandsprodukt des norwegischen Bergbaus) eingeschlichen und das Ergebnis beeinflußt haben und daß die EDV-Graphiken so stark verkleinert wurden, daß der Leser selbst zum Forscher (nach der richtigen Bezeichnung der Reihen) wird.

K. Löbbecke, Essen

*Besch, M. / F. Kühlmann / G. Lorenzl (Hrsg.): Vermarktung und Beratung (Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus e. V., Bd. 20). Landwirtschaftsverlag, Münster-Hiltrup 1983. XVIII, 766 S. DM 69,—.*

Landwirtschaftliche Vermarktung und Beratung sind zwei Bereiche, die „mindestens eine gemeinsame Funktion mit der Landwirtschaft verbindet, nämlich diejenige der Schaffung und Übermittlung von Informationen —

Marktsignalen auf der einen Seite als auch Informationen über angemessene Produktionstechnik usw. auf der anderen ...". So G. Schmitt in seinem Grußwort zur 23. Jahrestagung der renommierten Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V. (Gewisola), die sich erstmals in ihrer Geschichte den angesprochenen Themen in einer solchen Breite und Tiefe widmete. „Dennoch ist es weder Zufall noch eine Art Notlösung, wenn gerade in dieser Zeit diese facettenreiche und komplexe Thematik von unserer Gesellschaft aufgegriffen wird“ (p. 2).

Der Übermittlung der angesprochenen „Marktsignale“, der Information über den Stand der Forschung (und Lehre) und der Ermittlung des Forschungsbedarfs, wie auch der relevanten wissenschaftlichen „Produktionstechniken“ diente die Tagung.

Das Bemühen um Vermarktung dürfte vor allem von denen mit Interesse verfolgt werden, für die der Agrarsektor eher die Abwesenheit von Markt darstellt: Mit einer Unzahl von kaum noch zu überschauender Eingriffe in das Marktgefüge erscheint der Agrarsektor ja gerade frei zu sein von Vermarktungsproblemen; unter „Beratung“ dagegen vermag sich der Nicht-Agrärökonom kaum etwas vorzustellen, da es zur (meist staatlichen oder ge- nossenschaftlichen) Offizial-Beratung kaum ein Pendant außerhalb der Landwirtschaft gibt.

In beiden Fällen geben die einzelnen Beiträge vielfältigen Aufschluß.

Sie lassen aber auch ein anderes Dilemma erkennen: Auch in der Landwirtschaft, besser: besonders in der Landwirtschaft, trifft die Produktion nur noch selten auf die Endnachfrage. Nur wenige landwirtschaftliche Produkte gehen in unverarbeiteter Form in den Einzelhandel, der Direktabsatz vom Landwirt an den Endverbraucher ist verschwindend gering, und der Selbstverbrauch ist (bei uns) nur noch bei Futtermitteln bedeutend. Dank des hohen Organisationsgrades der Landwirtschaft kann sie einen Teil der Verarbeitung in eigener Regie durchführen, namentlich bei Milch. Aufgrund dieser Konstellation und bei der weitgehenden Homogenität der landwirtschaftlichen Produkte sind den einzelnen landwirtschaftlichen Produzenten aber nur geringe Möglichkeiten gegeben, durch (individuelle) erhöhte Vermarktungsanstrengungen ihre Absatz- und Erlössituation zu verbessern, etwa bei Eiern, Milch, Obst und Gemüse oder Wein. Hier kann auch am ehesten den vermehrten Klagen der Verbraucher über die Qualität der Nahrungsprodukte (Geschmack, Schadstoffe, Hormone) begegnet werden.

Auf der Bezugsseite sieht die Situation wenig besser aus. Hier steht die Landwirtschaft ebenfalls einer weitaus geringeren Zahl von gut organisierten Marktpartnern entgegen.

Die Frage nach den Marktpartnern kommt in dem Tagungsband dadurch zur Sprache, daß die einzelnen Autoren nur in wenigen Fällen die gesamten Absatz- und Bezugsbeziehungen zwischen landwirtschaftlichem Erzeuger und Endverbraucher beleuchten.

Dies ist auch für die Beratung von Bedeutung, denn neue Trends und Entwicklungen der Nachfrage sind erst dann für den Landwirt maßgebend, wenn sie von der verarbeitenden Industrie und dem Handel reflektiert werden.

Der Erstmaligkeit des Themas entspricht die thematische Breite: (A) Vermarktung und Beratung — Determinanten und Tendenzen, (B) Vermark-

tung in Industrieländern (Vermarktungssysteme, Betriebliches Marketing, Verbraucherverhalten, -politik), (C) Vermarktung in Entwicklungsländern (Vermarktungssysteme, technische Zusammenarbeit), (D) landwirtschaftliche Beratung (Organisation und Hilfsmittel, Beispiel Gartenbau) und (E) Vermarktung und Beratung — Herausforderung für Wissenschaft und Praxis. Die papers der Ergänzungsveranstaltung über Kontrolle und Steuerung im landwirtschaftlichen Betrieb schließen den Band ab.

Auf die einzelnen (56) Beiträge und Autoren kann hier nicht eingegangen werden, auch ein Resümee ist kaum möglich. Was kann überhaupt ein Tagungsband demjenigen vermitteln, der die Tagung nicht selbst besuchte und den Band als Nachschlagewerk verwendet? Bei der sehr unterschiedlichen Abgrenzung des landwirtschaftlichen Bereichs, mit einem Spektrum, das von der Beschränkung auf die Produktion im landwirtschaftlichen Betrieb über den Einbezug der vor- und nachgelagerten Produktions-, Distributions- und anderen Servicefunktionen bis zur vollständigen Kette von den industriellen Vorleistungsproduzenten bis hin zum Endverbraucher reicht, ändert sich auch das Konzept von Vermarktung und Beratung: Bei engster Auslegung umfaßt die Vermarktung z. B. nur die Beziehungen zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben und dem aufnehmenden Landhandel, bei weiterer Auslegung auch die vor- und nachgelagerten Bereiche von der Vorleistungsproduktion bis zum Endverbrauch.

Die rückläufigen Anteile des Agrarsektors am Sozialprodukt werden nämlich von einer Zunahme der Übergangszone zwischen landwirtschaftlicher Produktion und den anderen Wirtschaftsbereichen gekennzeichnet, die von der Disziplin sehr unterschiedlich hingenommen wird.

Die meisten Leser werden den Band aber kaum *in toto* lesen (wollen) und ihn nur zu einzelnen Problemen heranziehen. Das ist eigentlich schade, da sich doch vielfältige Querverbindungen ergeben und die meisten Beiträge ohnehin das Kondensat größerer Arbeit sein dürften, die bei speziellem Interesse heranzuziehen sind.

Die vorgenommene getrennte Betrachtungsweise von Industrie- und Entwicklungsländern ist üblich und für die Organisation der Tagung sicher nützlich gewesen. Die Erfahrung der Entwicklungsländerforschung hat aber gezeigt, wie heterogen die Gruppe der sog. Entwicklungsländer ist. Die verbreitete Ein-Land-Schau verleitet zudem dazu, das „eigene“ Land als pars pro toto für ein repräsentatives Beispiel für alle Entwicklungs- und Industrieländer zu halten. Dem apodiktischen Gegensatz von Entwicklungs- und Industrieland entspricht auch die Vorstellung über die Agrar- und Wirtschaftspolitik von Entwicklungsländern, oder — ganz allgemein — die wechselseitige Verkennung der Probleme in den sog. Industrie- und Entwicklungsländern bei den jeweiligen Experten. Von falschen Vorstellungen über Entwicklungsländer auch unter Fachleuten zeugt z. B., wenn es heißt, daß „der Bauer in der Dritten Welt — im Gegensatz zu seinem EG-Kollegen — ohne Schutzzoll, ohne Subvention und ohne künstliche Preisstützungen zum Weltmarktpreis verkaufen muß“ (p. 440).

Das Vordringen der EDV in den landwirtschaftlichen — und offensichtlich noch mehr in den gartenbaulichen — Bereich bestimmt den Inhalt einer ganzen Reihe von Beiträgen. Hier wird zu Recht ein großes Informationsbedürfnis vermutet. Wie schnell die Entwicklung abläuft und wie kurze Zeit Informationen Gültigkeit haben können, zeigt sich hier besonders.

Dies hat sicher Konsequenzen über die in den Referaten angesprochenen Möglichkeiten hinaus: Zu denken wäre an ein vernetztes Berichtssystem für die landwirtschaftlichen Buchführungsergebnisse des Agrarberichts oder rechnergesteuerte marktabhängige Mengenbeschränkungen der Produktion. Es drängt sich auch — bei aller Computer-Euphorie — das Problem des Datenschutzes auf: Etwa gegenüber den Kreditgebern bei rückläufigen Bodenpreisen und Beleihungssätzen oder gegenüber dem Finanzamt, aber auch gegenüber Lieferanten und Abnehmern beim Aushandeln von Konditionen. Mit vermehrter Datenerfassung auf dem Hof, komplizierterer Datennutzung und dem Einzug numerisch gesteuerter Maschinen (vor allem in der Tierfütterung) wird der Landwirt bei der zu erwartenden Zunahme der Nicht-Offizialberatung durch Zulieferer und Abnehmer auf Grund der verbesserten Transparenz nicht nur leichter zu beraten sein, sondern auch beratungsabhängiger werden.

Von der Präsentation her erfüllt der Band die Aufgabe, die Tagungsbeiträge wiederzugeben; das Tagungsprogramm, eine Teilnehmerliste, ein Literaturverzeichnis oder ein Index sind ihm nicht beigefügt; selbst das Jahr der Veranstaltung ist nicht ersichtlich. Die Dokumentation der einzelnen Beiträge ist unterschiedlich; einige Beiträge sind sehr gut belegt. Die Problematik des Einsatzes der EDV wird nicht nur in mehreren Beiträgen ausführlich dargestellt, sondern durch die offensichtlichen Beschränkungen der verwendeten Textverarbeitung illustriert. Hier zeigt sich auch wieder, daß der Einsatz von Textverarbeitung und Offset-Druck erhöhte Anforderungen an Herausgeber und Redaktion stellt.

W.-P. Zingel, Heidelberg

*Wagner, Helmut: Inflation und Wirtschaftswachstum. Zum Einfluß von Inflation auf die Akkumulationsrate (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 329). Duncker & Humblot, Berlin 1983. 234 S. DM 94,—.*

In seiner Aachener Habilitationsschrift untersucht Wagner mögliche Einflüsse der Inflation auf das Wirtschaftswachstum. Im Gegensatz zu vielen anderen Autoren, die diese Einflüsse mit Hilfe von Beziehungen zwischen makroökonomischen Aggregaten aufzuspüren versuchen, geht Wagner von einem repräsentativen Unternehmen aus und fragt, in welcher Weise dessen Investitionsentscheidungen von der Inflation beeinflußt werden. Mithin bilden nicht die verfügbaren Ressourcen die Grenze für das Wirtschaftswachstum, sondern die Investitionsbereitschaft der Unternehmer, was zumindest seit 1974 für die westlichen Industriestaaten zutreffen dürfte.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß der Unternehmer dann in Sachanlagen investiert, wenn die Gewinnerwartungen aus einer solchen Anlage höher sind als der höchstmögliche Ertrag auf dem Kapitalmarkt für eine entsprechende Kapitalanlage, unter Berücksichtigung der Unsicherheiten bei den Ertragserwartungen einer Sachinvestition. Durch Umformungen und Erweiterungen entsprechender Gleichungen kommt Wagner dann zu dem Ergebnis, daß die Wachstumsrate des Sachkapitals vom Verhältnis zwischen dem allgemeinen Preisniveau und dem erwarteten Preisniveau der Kapitalgüter, von der Kapitalproduktivität, von der erwarteten Lohnquote, vom Wertpapierzins und einem Unsicherheitsabschlagsfaktor abhängig ist. Folgerichtig untersucht Wagner dann, ob und wie die Inflation diese Bestimmungsgrößen beeinflußt. Dabei geht Wagner zu Recht differenziert vor und trennt nach der Marktposition des Unternehmens (Polypol oder Oligopol) und nach

der Höhe und der vermuteten Entwicklungstendenz der Inflation. Außerdem erweist es sich als wichtig, ob die Unternehmer die vorhandene Inflation als Nachfrage- oder als Kosteninflation interpretieren. Entsprechend seiner differenzierten Analyse kommt Wagner nach detaillierter Auswertung der theoretischen und empirischen Literatur zu nuancenreichen Ergebnissen.

Da in der wirtschaftspolitischen Diskussion die Inflationsbekämpfung häufig damit begründet wird, daß eine inflationsfreie Entwicklung die Voraussetzung für dauerhaftes Wachstum sei, sind die von Wagner getroffenen Nuancierungen von erheblicher wirtschaftspolitischer Bedeutung: Wagner stellt fest, man könne nicht allgemein von einer wachstumshemmenden Wirkung von Inflation ausgehen. Relativ eindeutig läßt sich eine solche Wirkung nur für den Fall „Hohe Inflation — polypolistisches Verhalten — vermeintliche Kosteninflation“ ableiten. Am anderen Ende der Skala stehen die Fälle, die denen man eher wachstumsfördernde Wirkungen als wachstumshemmende Wirkungen erwarten kann. Insbesondere für das Stadium „niedrigere Inflation“ und bei oligopolistischem Marktverhalten ist eher davon auszugehen (S. 179), daß Inflation positive Wachstumseffekte auslöst. Auf oligopolistischen Märkten kann ein negativer Wachstumseffekt dann auftreten, wenn eine hohe Inflation als Kosteninflation von den Unternehmen interpretiert wird.

Die genannten Unterschiede bei polypolistischen und oligopolistischen Unternehmen erklärt Wagner mit dem besseren Planungsapparat, der Möglichkeit aktiver Preispolitik, dem leichteren Zugang zu ausländischen Kapitalmärkten, dem höheren Selbstfinanzierungsgrad und anderen Gründen, die dafür sorgen, daß der durchschnittliche oligopolistische Unternehmer nicht annähernd so stark von der Inflation in seinen Ertragserwartungen betroffen wird wie der polypolistische. Diese Unterscheidung nach der Marktsituation, die bislang in der Inflationsliteratur kaum beachtet worden ist, gehört zu den wichtigsten Beiträgen der Arbeit, die besonders denjenigen empfohlen sei, die meinen, die wirtschaftspolitische Diskussion mit den dort häufig anzutreffenden allzu pauschalen Aussagen bestreiten zu können.

J. Kromphardt, Berlin

*Braun, Claudia Freiin von: Geldmengenpolitik und Umlaufgeschwindigkeit — eine strukturorientierte Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. (Wirtschaftspolitische Studien 66, hrsg. von Harald Jürgensen und Erhard Kantzenbach.) Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen/Zürich 1984. XIV, 189 S. Kt. DM 64,—.*

Nationalökonomien wie Geldpolitiker sind gleichermaßen an der Frage nach der zeitlichen Stabilität der Umlaufgeschwindigkeit bzw. Geldnachfrage interessiert, da die Geldnachfragefunktion ein tragender Baustein jeder makroökonomischen Theorie ist und von ihrer Stabilität die Effizienz der Geldpolitik abhängt. Die Stabilität der Geldnachfrage ist Thema der vorliegenden Arbeit. Seit der bekannten Studie von S. M. Goldfeld „The Demand for Money Revisited“ (Brookings Papers on Economic Activity, 1973, S. 557 - 638) ist die Literatur zu diesem Problem umfangreich angewachsen. Bezeichnenderweise lautet der Überblicksartikel von J. P. Judd und J. L. Scadding zur Literatur nach 1973 „The Search for a Stable Money Demand Function“ (Journal of Economic Literature, Vol. 20 (1982), S. 993 - 1023).

Überraschenderweise wird diese Literatur von der Verfasserin nicht rezipiert, nicht einmal als Ansatz gewählt, ja sogar völlig und ohne jede Begründung ignoriert. Und so verwundert es vielleicht nicht, daß man an keiner Stelle eine operationale Definition der Stabilität findet. Irgendwie muß die Verfasserin die Vorstellung haben, daß bereits eine schwankende Geldnachfrage instabil ist. Ärgerlich aber wird es, wenn man lesen muß: „Wenn aber die Geldnachfrage (Umlaufgeschwindigkeit) zinselastisch bzw. nicht stabil ist ...“ (S. 22) oder „Zinsunabhängigkeit der Umlaufgeschwindigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile Geldnachfrage“ (S. 23). Diese Vorgehensweise ist wissenschaftstheoretisch nicht haltbar; die obigen Aussagen sind schlicht und einfach falsch. Wenn aus der Zinselastizität abgeleitet wird, daß die Geldpolitik ineffizient sei (S. 24), so wird die Existenz einer Kausalbeziehung verwechselt mit der Variabilität des numerischen Zusammenhangs und einer Nicht-Prognostizierbarkeit der zu erklärenden Variablen. Ein Blick in die Literatur — zumindest in das Standardwerk von David E. W. Laidler, *The Demand for Money: Theories and Evidence*, 2. A., New York 1977 — hätte die Verfasserin vor diesen Unzulänglichkeiten und weiteren Ungereimtheiten, die die Arbeit durchziehen, bewahrt. Neben den statistischen Standardeigenschaften an die Güte, mit der sich die ökonometrische Schätzfunktion an die tatsächlichen Beobachtungen anpaßt, wird von einer stabilen Geldnachfragefunktion beispielsweise gefordert, daß sie nur relativ wenige Argumente — worunter nach der heutigen empirischen Evidenz unbestritten Zinssätze zählen — enthalten soll. Dieser Anspruch ergibt sich aus der Prognoseaufgabe. Drittens müssen die Argumente der Geldnachfragefunktion die theoretischen Vorstellungen über die kausale Verknüpfung des monetären Sektors mit dem realwirtschaftlichen Sektor repräsentieren. Andernfalls kann die Geldpolitik nicht die empirische Evidenz nutzen, um optimal ihre Zwischenziele und Endziele zu erreichen.

Der Untertitel der Arbeit — eine strukturorientierte Analyse — ist der Hinweis darauf, daß die Geldnachfragen von Wirtschaftsbereichen (Wirtschaftszweige und private Haushalte) analysiert werden. Doch der methodische Ansatz ist „hausbacken“ überholt. In Anlehnung an die keynesianischen Motive der Kassenhaltung wird zwischen „ruhenden, mobilisierbaren und aktiven Kassenbeständen“ (S. 68) analytisch (!) unterschieden. Gegenstand der empirischen Analyse sind die mobilisierbaren Kassenreserven, bei denen „es sich um liquide Geldbestände handelt, die über das Niveau der Umsatzkasse hinaus gehalten werden“ (S. 69). Nur sie seien zinselastisch. Wie soll man einer Geldeinheit, sei sie in bar oder auf einem Depositenkonto gehalten, ansehen, ob sie in der Terminologie der Verfasserin ruht, aktiv oder mobilisierbar ist? Sie ist zu jeder Zeit zu jedem Zwecke verwendbar. Als Anhalt zur Begründung und Vorgehensweise für eine solche Unterscheidung wird Literatur aus den Jahren 1939 bis 1950 herangezogen!

Die mobilisierbare Kassenreserve muß für die quantitative Analyse konstruiert werden. Sie wird für die Wirtschaftszweige definiert als Differenz zwischen der Gesamtkasse (Sichteinlagen plus kurzfristige Termineinlagen, aber ohne Bargeldhaltung) und dem Verhältnis von Bruttoumsatz zu einem bestimmten Referenzniveau der sektoralen Umlaufgeschwindigkeit. Die so definierte Kassenhaltung ist umsatz- (bei Unternehmen) bzw. einkommensabhängig (bei Privatpersonen) und zinsabhängig. Doch beide Abhängigkeiten werden ökonometrisch getrennt getestet. Zunächst ermittelt die Verfasserin isoliert die Einkommenselastizität auf der Basis von Jahresdaten; und so-

dann auf der Basis von Vierteljahresdaten die Zinselastizität, jetzt unter Verwendung der Gewinne als Niveauvariable. Wie kann man simultane Einflüsse getrennt quantifizieren? Und wenn zwischen Jahresdaten und Vierteljahresdaten getrennt wird, muß in der Funktionsform zwischen langfristiger und kurzfristiger Geldnachfragefunktion unterschieden werden, z. B. in der kurzen Frist verschiedene Versionen eines Bestandsanpassungsprozesses berücksichtigt werden; zumindest diskutiert werden, warum er außer acht gelassen werden darf. Auch das ist heutiges Standardwissen. Aufgrund ihres Verständnisses von Stabilität verwendet die Verfasserin natürlich keine Tests über mögliche Strukturbrüche innerhalb der Beobachtungsreihen.

Die empirische Auswertung der Ansätze und daraus zu ziehender Schlüsse, daß eine Instabilität der gesamtwirtschaftlichen Geldnachfrage möglicherweise von bestimmten Sektoren ausgeht, kann man sich ersparen. Mangels theoretischer und methodischer Fundierungen liefert die Arbeit keinen Beitrag zur geldpolitischen Diskussion.

J. Siebke, Heidelberg

*Smith, Eric Owen: The West German Economy. St. Martin's Press, New York 1983. pp. 350. \$ 32.50.*

This nine-chapter presentation traces the main macroeconomic and microeconomic trends and developments in West Germany during the period from 1950 - 1980 with possible implications for the 1980s. Furthermore this volume includes an analysis of the economic conditions and recovery "ex post" World War II. The author is absolutely correct in his assertion that six criteria are quite crucial for enhancing an understanding of the economy of the Federal Republic of Germany. These include a recognition of changing frontiers, hyper-inflation and currency reforms, a high rate of technological advancement in industries with export potential, a legal framework conducive to large economies of scale, active bank participation in the industrial sector, and active public sector involvement in both social and economic affairs.

Chapter 1 enhances reader interest by highlighting the themes which permeate this volume. Smith mentions that there have been three phases of dramatic economic growth during this century. The second chapter is entitled "Economic Policy During the Allied Occupation" and includes a recognition of how economic development reached a nadir during this era. Foreign aid did play an important role in expediting the recovery of German "ex post" World War II. Thus, the new Bonn Republic had an advantageous industrial base. The author also recognizes that Germany possessed an elastic resource supply and a distribution of income, which, along with the tax system encouraged both profits and investment. In fact, between 1960 and 1966, West Germany achieved full employment levels of output and subsequently became more susceptible to both international monetary speculation and cyclical economic behavior.

Chapter 4 pertains to "Economic Trends" and recognizes that throughout the 1950s and the 1960s, and to a diminished extent during the 1970s, strategic economic growth was founded on a dynamic export sector. Yet, structural problems became apparent in the late 1970s with the advent of high level domestic costs, an acceleration of international competition and a rather rapid increase in the labor force. Additional problematic areas included a

mounting crude-oil import bill, balance of payments problems, which, of course, emanated from the aforementioned relatively high unit labor costs, an appreciating exchange rate and increased investment abroad.

The fifth chapter relates to "Economic Policies" and reminds the reader that four basic features have characterized economic policies in the Federal Republic of Germany. Not only has the nature of the policy problems themselves been altered during the period from 1950 - 1980 but the resultant out-growth of this alteration has been a gradual movement away from the orthodox model of economic control to counter-cyclical aggregate policy instruments. Also, these policy tools were accompanied by attempts to dampen cost-push inflation and encourage the implementation of a more active labor market policy. In addition, numerous autonomous authorities have contributed to the general nature of policy tool utilization. Nevertheless, the evolutionary nature of the extended period from 1950 - 1980 provides an insight of how budget surpluses eventually became budget deficits. Both real and nominal interest rates experienced volatility and achieved record heights. Speculative inflows currency induced pressure on both the exchange rate and money supply during the 1960s and 1970s. While fiscal policy and central planning became increasingly more important as a supplement to monetary policy, the aforementioned budgetary deficit became quite apparent.

The sixth chapter on "The Labour Market" certainly heightens reader interest with the variations in topical content range. As a result of the initial post-war wave of migration, in conjunction with mobility out of agriculture and into industry, the employed labor force increased during the 1950s from 14 million to 20 million, which, of course, amounted to a 43 percent increase in the work force. Yet, there were only 2.3 million additional labor force participants by both 1970 and 1980. It is interesting to observe an expected continued decline in agricultural employment from 25 percent of the labor force during 1950 to 5.9 percent of the work force in 1980.

The topic of chapter 7 pertaining to "The Forms and Implications of Ownership and Control" encourages reader enthusiasm. Smith mentions that industry continues to enjoy a high social status. From an industrial perspective, there is an apparent strong sense of purpose with an equally strong aspect of egalitarianism. Chapter 8 provides an analytical discussion of "The Banking Sector". The author contends that the bulk of West Germany's banks are within the jurisdiction of the public authorities and the co-operative bank movement. Smith also observes that the financial intermediaries belonging to the various banking groups provide a full range of both commercial and investment banking services. Commercial banks, and particularly the Big Three, which, of course, include the Deutsche Bank AG, the Dresdner Bank AG, and the Commerzbank AG, have extensive industrial influence. Thus, the author emphasizes that remedial policy prescriptions have ranged from negligible recommendations to nationalization. It appears that the Gessler Commission's recommendations, particularly pertaining to the banks' industrial holdings, and the Bundesbank's concern with the lending loophole created by the presence of the Luxembourg subsidiaries are both what Smith terms as legislative nettles which will ultimately have to be grasped.

The final chapter on "The Industrial Sector" provides an overview of the legal framework with respect to the familiar cartel arrangements and other

industrial restrictive policies. Smith also examines the extent to which anti-trust law has been implemented in a successful manner. In the process of among the top 100 enterprises in West German industry, there appear to be three groups of companies which are distinguishable in nature. These include the low diversifiers, post-war diversifiers, and the traditional diversifiers. As the author concludes, West German anti-trust law evolved in a fundamentally different manner during the Social Market era and the resultant impact has been somewhat muted. Why? Because, as Smith mentions, the law seemingly evolved too slowly and therefore could not prevent the process of horizontal and vertical integration.

This volume certainly maintains reader interest and should be included on any respectable undergraduate and graduate reading list pertaining to comparative economic systems, economic development, and international economics. In the final analysis, the book provides a thorough understanding of the significance and revival of West German industry.

J. E. Adams, Arkansas (USA)

*Steinmann, Günter (Hrsg.): Economic Consequences of Population Change in Industrialized Countries (Studies in Contemporary Economics, Vol. 8). Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1984. X, 415 S. DM 56,—.*

Die Analyse der ökonomisch-demographischen Wechselbeziehungen führte lange Zeit — zumindest in der Bundesrepublik Deutschland — vergleichsweise ein Schattendasein in den Wirtschaftswissenschaften. Erst die jüngsten Erfahrungen der industrialisierten Länder mit niedrigen bzw. sinkenden Fertilitätsraten und die damit einhergehenden absehbaren Schwierigkeiten, die jeweils etablierten Alterssicherungssysteme aufrechtzuerhalten haben das Interesse an dem genannten Problemkomplex neu belebt und auch im deutschsprachigen Raum zu einer — wenn auch immer noch z. T. vereinzelten — Forschungsaktivierung auf diesem Gebiet geführt. Als eine Konsequenz dieser Entwicklung kann sicherlich der Umstand gewertet werden, daß es G. Steinmann gelang, vom 1. -3. Juni 1983 an der Universität Paderborn eine internationale Konferenz über „Population Economics“ mit Beteiligung renommierter Wissenschaftler aus sechs verschiedenen Ländern (Australien, Deutschland, Großbritannien, Kanada, Österreich, USA) zu organisieren. Der entsprechende Konferenzband, der 23 überarbeitete Fassungen der insgesamt 27 dort gehaltenen Referate enthält, liegt nun vor und bietet einem größeren (Fach-)Publikum die Möglichkeit, sich über die vielfältigen Aspekte und das breite Spektrum demographisch-ökonomischer Interdependenzen umfassend und — wegen des durchweg hohen wissenschaftlichen Niveaus der Beiträge — auch tiefgehend zu informieren; letzteres hebt diesen Tagungsband von vielen anderen positiv ab.

Der Herausgeber hat die sehr unterschiedlichen Themenbreiche behandelnden Referate in sechs Kapitel sinnvoll strukturiert, wodurch dem Leser eine schnelle Orientierung und eine seinen Präferenzen entsprechende selektive Lektüre ermöglicht wird:

- (1) Bevölkerungsveränderung, Technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum (mit 3 Beiträgen von: A. Cigno, G. Steinmann, J. L. Simon).
- (2) Ökonomische Effekte niedriger Fertilität: Mathematische Modelle (mit 3 Beiträgen von: G. Schmitt-Rink, M. Straub / A. Wenig, R. H. Dinkel).

- (3) Ökonomische Effekte niedriger Fertilität: Simulations-Modelle (mit 3 Beiträgen von: *F. T. Denton / B. G. Spencer, B. Felderer, W. Buhr*).
- (4) Sektorale Analysen der Effekte niedriger Fertilität: Konsum, Investition, Landwirtschaft (mit 3 Beiträgen von: *W. J. Serow, L. Neal, J. v. Braun*).
- (5) Bevölkerungsveränderung und Transfersystem (mit 3 Beiträgen von: *N. Berthold / U. Roppel, H. Wander, B. A. Turchi*).
- (6) Bevölkerungsveränderung und Arbeitsmarkt (mit 8 Beiträgen von: *R. Schmidt, A. Wagner, H. Birg, F. Raschke, S. M. Bonell / T. C. Chew / P. B. Dixon, J. Zubrzycki, K. F. Zimmermann, W. Weber*).

Die Übersichtlichkeit wird noch dadurch erhöht, daß dem Band eine Einleitung vorangestellt ist, in der kurz auf knapp 4 Seiten die Methodik, wesentlichen Inhalte und Ergebnisse der 23 abgedruckten Einzelbeiträge referiert sind. Damit liegt für den eiligen Leser schon eine ausgezeichnete Kurzinformation vor, die hier — auch schon aus Platzgründen — nicht wiederholt zu werden braucht. Statt dessen sollen im folgenden nur einige globale Anmerkungen zu den Ergebnissen der in den einzelnen Kapiteln enthaltenen Analysen angefügt werden.

Als eine — angesichts z. B. der Ergebnisse der traditionellen Wachstumstheorie — überraschende Gemeinsamkeit sowohl der rein theoretischen Beiträge der ersten zwei Kapitel wie auch der Simulationsstudien des dritten und der teils empirischen Untersuchungen im vierten Kapitel läßt sich feststellen, daß alle Autoren, wenn auch z. T. mit etwas abgestufter Betonung dargestellt und in vielen Fällen aus unterschiedlichen Gründen, eine sehr pessimistische Perspektive aufzeigen, die aufgrund niedriger oder sinkender Fertilitätsraten, die in den industrialisierten Ländern die wesentlichste Ursache für geringe oder abnehmende Bevölkerungswachstumsraten sind, für die ökonomische Entwicklung zu erwarten ist: Niedriges Niveau oder abnehmende Wachstumsraten des Je-Kopf-Konsums bzw. der Je-Kopf-Produktion (*Cigno, Steinmann, Simon, Denton / Spencer, Felderer, Buhr*), mögliche gleichgewichts-dynamische Instabilitäten des steady-state Wachstumspfades mit fatalen Konsequenzen für ein kapitalistisches Konkurrenzsystem (*Schmitt-Rink*), steigende Belastungen für die Arbeitsbevölkerung aus dem auf dem Umlageverfahren basierenden Alterssicherungssystem (*Dinkel*), abnehmende Investitionsneigung (*Neal*), strukturelle Anpassungsprobleme aufgrund einer sich ändernden Konsumnachfrage (*Serow*). Ausnahmen von dieser deprimierenden Vision — weil unter gänzlich anderer Zielsetzung konzipiert — bilden nur zwei Beiträge: *Strab / Wenig*, die durch Erbschaft und Heirat bedingte Umverteilung des Vermögens zwischen den Generationen unter spezieller Beachtung der durch die Fertilitätsdifferentialen verursachten Auswirkungen auf die Änderung der intergenerativen Vermögensverteilung analysieren und *v. Braun*, der die Konsequenzen untersucht, die sich aus der Altersstruktur, der intersektoralen Migration und den Fertilitätsdifferentialen der westdeutschen Bevölkerung im Agrarsektor auf deren Wachstumsrate und auf die Entwicklung der Gesamtbevölkerung ergeben.

Erst das fünfte Kapitel bringt, zumindest in der Interpretation des Rezensenten, gegenüber den düsteren Ausblicken einige wenige Lichtblicke, wenn auch nur hinsichtlich der durch Altersstrukturveränderungen der Bevölkerung bedingten Umverteilungsvorgänge und Belastungen zwischen den Generationen. *Berthold / Roppel* weisen zwar bei ihrer Analyse des westdeutschen

Rentensystems noch hauptsächlich auf die zu erwartenden Probleme hin, die aufgrund niedriger Fertilitätsraten in Form zusätzlicher Beiträge der Arbeitsbevölkerung bzw. Abstrichen bei den Renten zu bewältigen sind — insbesondere auch hinsichtlich einer „gerechten“ Aufteilung dieser Zusatzlasten auf die Generationen — deuten aber auch an, daß durch die abnehmende Kinder/Arbeitsbevölkerungsrelation eine gewisse Entlastung eintreten könnte. *Wander* zeigt dann mittels detaillierter Berechnungen, daß in der Tat speziell für die Bundesrepublik Deutschland, (aber nicht nur dort) sowohl die notwendigen Ausgaben für die „Aufzucht“ eines Neugeborenen als auch diejenigen für eine Kohorte Neugeborener bis zum Eintrittsalter in das Erwerbsleben höher liegen, als die vergleichbaren Ausgaben für einen 60jährigen bzw. eine Kohorte 60jähriger (bis zum Tode). Diese letztgenannte Relation sinkt natürlich mit sinkenden Fertilitätsraten, und für die Bundesrepublik Deutschland ist absehbar, daß sie ohne Steigerung der Fertilität zukünftig unter dem Wert 1 liegen wird. *Turchi* ergänzt diese Überlegungen durch Berechnungen altersspezifischer Ausgaben — aufgegliedert nach Gütergruppen — für Kinder USA-amerikanischer Familien; danach verbraucht z. B. ein Kind durchschnittlich 17,5 % des gesamten Netto-Familieneinkommens in der Zeit von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr. Aufgrund dieser Ergebnisse wäre zumindest bei weiterhin niedrigen Fertilitätsraten der in der Bundesrepublik Deutschland zu erwartende „Rentnerberg“ für die Arbeitsbevölkerung etwas leichter zu tragen.

Das sechste Kapitel befaßt sich mit den sehr verschiedenartigen Auswirkungen, die von Veränderungen demographischer Variablen auf den Arbeitsmarkt ausgehen: Konzeptionelle Probleme der Art und Messung demographisch bedingter Unterbeschäftigung (*Wagner*); empirische Untersuchungen über das Ausmaß dieser Form der Unterbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland (*Schmidt*); alters- und geschlechtsspezifische Einflüsse auf die Arbeitermobilität (*Raschke*); Beschäftigungseffekte durch Veränderung der Intensität und Effizienz der Vermittlungsfunktion des Arbeitsmarktes in Abhängigkeit von Größen- und Struktureffekten der westdeutschen Bevölkerung (*Birg*); Beziehungen — speziell auch die Frage der Kausalität — zwischen sinkenden Fertilitätsraten und dem steigenden Anteil der Berufstätigkeit der Frauen (*Zimmermann*); Auswirkungen demographischer Faktoren, auch innerhalb einer Unternehmung, auf das Firmenverhalten (*Weber*); zwei Beiträge behandeln schließlich noch spezifische Probleme Australiens: *Bonell / Chew / Dixon* untersuchen die Auswirkungen von Struktureffekten auf die Beschäftigungssituation von Immigranten und *Zubrzycki* diskutiert und testet die Frage, inwiefern nicht-englisch sprechende Immigranten in Australien die Chance eines sozialen Aufstiegs haben.

Alle vorstehend nur sehr kurзорisch angesprochenen Beiträge sind lesenswert, da sie theoretisch anspruchsvoll, empirisch fundiert, durch Simulationen informativ sind und/oder durch provozierende Thesen Anstöße zu weitem Nachdenken über die vielfältigen demographisch-ökonomischen Interaktionen geben; die ausführlichen Literaturangaben zu jeder Abhandlung erleichtern darüber hinaus dem interessierten Leser eine weiterführende Beschäftigung mit einer gezielten Auswahl der insgesamt angesprochenen Problemkreise. Man mag mit einzelnen Hypothesen, speziell in den rein theoretisch orientierten Analysen, und den damit implizierten düsteren Visionen der demographisch bedingten ökonomischen Entwicklung in einigen hoch-industrialisierten Ländern vielleicht nicht einverstanden sein — ganz abwegig sind sie jedoch in keinem Fall mit der Konsequenz, daß man sich mit

ihnen auseinanderzusetzen hat. Insgesamt bietet somit dieser Konferenzband einem fachlich vorgebildeten Leserkreis einen ausgezeichneten Überblick und tiefgehende Einsichten in ein bisher von Ökonomen weitgehend vernachlässigtes Gebiet, welches jedoch gerade wegen der in vielen Ländern zu beobachtenden extremen Bevölkerungsentwicklung sehr an Bedeutung gewinnen wird. Die Ausgabe von DM 56,— für die Anschaffung lohnt sich.

K. Jaeger, Berlin

*Waibl, Elmar: Ökonomie und Ethik — Die Kapitalismusdebatte in der Philosophie der Neuzeit. Problemata Fromman-Holzboog, Stuttgart - Bad Cannstadt 1984. 429 S. Ln. DM 68,—; brosch. DM 48,—.*

In der dem vorliegenden Buch vorangestellten Zusammenfassung heißt es: „dies Buch ist eine wirtschaftsethische Theoriegeschichte des Kapitalismus“; dies soll dadurch bewerkstelligt werden, daß „die Kontroverse über die moralische Rechtmäßigkeit des Kapitalismus im argumentativen Pro und Contra der Philosophie verfolgt“ wird. Da die Diskussion wirtschaftsethischer Probleme gegenwärtig neu vitalisiert wird, scheint es angezeigt, das Verfahren von Waibl und was es ans Licht zu fördern geeignet ist, genauer zu betrachten. Wenn der Rezensent recht sieht, ist Waibls Diskussionsweise für viele „wirtschaftsethische“ Beiträge der letzten Jahre charakteristisch und hat — wie Waibl selbst sachkundig zeigt — eine lange Tradition und wird — wie ich Anlaß habe, zu befürchten — die „ethische“ Diskussion ökonomischer Fragen auch in Zukunft weithin charakterisieren.

Waibl führt zunächst die Wirtschaftsethik des Thomas von Aquin vor als „die ökonomische Ethik des Mittelalters“ (28 Seiten). Es folgt das, was Waibl „John Lockes ideelle Begründung und ökonomische Rechtfertigung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft“ nennt (70 Seiten). Das III. Kapitel ist „Adam Smith's Apologie des Wirtschaftsliberalismus“ (einschließlich Mandeville) gewidmet (29 Seiten) und dann folgen die eigentlichen Ahnherrn der Waiblschen Kapitalismuskritik alternativ-ökologischer-sozialistischer Provenienz: 30 Seiten über „J. J. Rousseaus Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft“, 31 Seiten über „Friedrich Schillers ästhetische Gesellschaftskritik“, und 164 Seiten über „Karl Marxens Elendsbilanz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft“. Ein „Ausblick“ verspricht eine spätere Fortsetzung der Untersuchung in die Gegenwart; Waibl läßt keinen Zweifel daran, daß für ihn die gegenwärtige alternative Bewegung das legitime, moralische Erbe seiner Kronzeugen für die Kritik an der „bürgerlichen Gesellschaft“ angetreten hat, wie überhaupt moralische Empörung und Verurteilung für ihn erstaunliche Unterschiede überbrückt und Einheit stiftet. Entsprechend entsteht Gemeinsamkeit zwischen Rousseau und Schiller, werden romantische Elemente im Marxens Denken aufgewiesen, ja selbst mittelalterliche, aus der thomistischen Soziallehre stammende Denkmotive in Marxens Kapitalismuskritik mit Phantasie und Nachdruck erhoben und ausgebreitet. Es verwundert deshalb nicht, daß auch das Kritisierte vereinheitlicht wird, die bürgerliche Gesellschaft ist die kapitalistische Gesellschaft von John Locke bis zur Bundesrepublik Deutschland! Ja, Waibl tut sich noch etwas zu Gute, verteidigt sein Vorgehen mit der Bemerkung „wer die Kapitalismusdebatte unserer Tage aufmerksam vor dem ideengeschichtlichen Hintergrund der neuzeitlichen Philosophie verfolgt, wird sich zu dem Urteil gedrängt sehen, daß die Diskussion in kaum nennenswerter Weise um Argumente bereichert worden

ist“. Für Waibl (und viele mit ihm!) hat die sozialphilosophische Ideengeschichte die „denkmöglichen Alternativen zur Gegenwart“ parat, in ihr werden „im Grunde die Wertkonflikte unserer Zeit verhandelt“. Ein Ökonom reibt sich verwundert die Augen: ist für die „Wertentscheidungen“ im Bereich der Wirtschaft seine ganze Wissenschaft, Theorie und Empirie irrelevant, kann die moralische Entscheidung ganz von der Kenntnis der Sachverhalte abgelöst werden, muß sie gar a priorisch, zeitunabhängig, gleichsam ungeschichtlich in einer „Wertediskussion“ gefunden werden?

Waibl „weiß“, daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft schlecht, unmoralisch ist, seine Kronzeugen Rousseau und Schiller wissen dies auch (beide übrigens mit sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Realitäten konfrontiert!), beide lassen sich wie Waibl dabei nicht auf ein Studium der Ökonomie ein, und es ist zweifelhaft, ob ihre vom Verfasser vorgeführten Argumentationen wirklich als Wirtschaftsethik bestimmt werden können. Für uns heute aber geht es entscheidend um die Frage, ob es sachgemäß sein kann, von einer „Ethik“ (einer Grundwertekommission?) auszugehen und damit die Entscheidungsbasis für Gut und Böse in Wirtschaft und Gesellschaft zu besitzen. Darf man eine Parallele anführen? In der Medizin wird die „Abtreibungs“frage diskutiert. Glaubt ein verständiger Mensch unserer Zeit, daß eine medizinisch-ethische Diskussion sachgemäß geführt wird durch a priorische Festlegungen der Form: „mein Bauch gehört mir“ oder „Abtreibung ist Mord“? Dergleichen kommt vor, bleibt aber erkennbar unter dem Niveau des Gegenstands! Die wirklich ethische Fragestellung erschließt sich erst, wenn man sich — möglicherweise sogar im einzelnen konkreten Fall — sachkundig macht, eine „unsachliche“ Diskussion macht ethische Entscheidungen in meinem Verständnis ganz unmöglich!

Wirtschaft ist nun ein äußerst komplexes Sachgebiet, nur scheinbar eignet es sich zur Stammtischdiskussion, und die in einer Theorie oder einer Wirtschaftsordnung enthaltene Ethik ist kaum wie ein Abziehbild abzuheben, sondern muß im Studium der interdependenten Allokationen im dynamischen Ablauf vor dem Hintergrund gegebener Ressourcen und entwickelbarem Wissen erschlossen werden. Eine große, reizvolle Aufgabe, von jeder Generation neu zu leisten, die dabei — leider oder Gott sei Dank? — kaum Antworten aus der Vergangenheit sinngemäß benutzen kann für ihre Entscheidungen!

Die Lektüre von Waibls Schrift ist — trotz der grundsätzlichen Kritik an ihr — für mich anregend gewesen; man wird geradezu provoziert, vermeintlich Gewußtes noch einmal nachzulesen, Unbekanntes zu entdecken. Seine Interpretation bleibt äußerlich: er verlagert ein allgemeines „Kapitalismus“-Programm in Lockes Ökonomik, die er nur vom II. Treatise her interpretiert, und übersieht den Zusammenhang dieser Schrift mit den ökonomischen Arbeiten Lockes, die zweifelsfrei zeigen, daß Locke nicht eine Trennung von Ökonomie und Ethik anstrebt, sondern seine Ökonomie ethisch fundiert. Die spätere Wirkung Lockes in der Klassik wird zurückverlagert in den Autor und seine Stellung zu seinen wirtschaftlichen Problemen. Die Vermutung liegt nahe, daß Waibl der Interpretation von Macpherson erliegt (ohne ihn zu erwähnen!) und dessen Schwächen nun mitzuverantworten hat.

Und bei Waibls Umgang mit Schiller als Ahnherrn der alternativen Bewegung habe ich lächeln müssen: die Briefreihe „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ (veröffentlicht 1795) dient ihm als Nachweis. Es ist eine bezaubernde Schrift, der Jenaer Historiker Schiller war aber bei allem Idealis-

mus im Praktischen in Wahrheit ein Realist! Wie heißt es in dem Distichon von der „Würde des Menschen“?

Nichts mehr davon, ich bitt euch. Zu essen gebt ihm, zu wohnen. Habt ihr die Blöße bedeckt, gibt sich die Würde von selbst.

Und Waibl hätte die ästhetische Erziehung zu Ende lesen sollen, wo es heißt: „Existiert aber auch ein solcher Staat des schönen Scheins, und wo ist er zu finden? Dem Bedürfnis nach existiert er in jeder feingestimmten Seele; der Tat nach möchte man ihn wohl nur, wie die reine Kirche und die reine Republik, in einigen wenigen auserlesenen Zirkeln finden . . .“.

Und bei Karl Marx verkennt Waibl in seiner Bewunderung für die Moral der frühen Schriften ganz die dominierende politische Absicht, den starken Machtwillen. Und wenn der gutbelesene Moralist Waibl seinen Helden Karl Marx beim Plagiat, bei der verächtlicher Verfälschung seiner Quellen „er-tappt“, scheint der Zweck für Waibl immer Marxens Mittel zu heiligen! Für den ethischen und intellektuellen Rang der Smithschen Vermutung von der „Invisible Hand“, der Schwierigkeit ihrer theoretischen Untersuchung und den Fortschritten der Bemühungen um sie ahnt Waibl dagegen nichts. Für ihn ist Mandeville mit seinen „Private vices-public benefits“ einfach ein böser Zyniker, ein unmoralischer Mensch. Hätte er doch Nietzsches Genealogie der Moral gelesen. Nietzsche wußte: „Alles Große kann man nur zynisch sagen“. Für den Bereich des Wirtschaftens aber scheint zu gelten, daß nicht die direkte, naive moralische Intention über die Ethik einer Wirtschaftsordnung entscheidet, sondern erst eine eingehende Analyse aller Implikationen. Moralisch scheint mir nach 70 Jahren Erfahrung mit sozialistischen Wirtschaften, nach blutigen Revolutionen und Bürgerkriegen jedenfalls ein bloßes gesinnungsethisches Bekenntnis zu Sozialismus und gegen die gegenwärtige Wirtschaftsordnung Westeuropas nicht mehr erlaubt zu sein. Wirtschaftsethik beginnt mit dem Studium von Wirtschaft und Wirtschaftstheorie.

H. Scherf, Hamburg

**Paaß, Gerhard: Prognose und Asymptotik Bayesscher Modelle.** Oldenbourg, München 1984. 310 S. DM 66,—.

Sicherlich zählt die Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung zu den wesentlichen Aufgaben ökonometrischer Modelle zur Vorbereitung wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Ökonometrische Modellprognosen sind aber immer mit Fehlern behaftet, die sich aus der Schätzung der unbekannten strukturellen Parameter, aus der eingeschränkten oder fehlerhaften funktionalen Anpassung der wirklichen Zusammenhänge und aus den Prognosen für die exogenen Variablen ergeben.

Das Buch beschäftigt sich damit, wie der Schätzfehler und die durch die Aufnahme eines additiven Störterms zum Ausdruck gebrachte, eingeschränkte Anpassung bei der Evaluierung der Prognosegenauigkeit im Rahmen der Bayesschen Statistik berücksichtigt werden können. Der Bayessche Ansatz weist dabei den gewichtigen Vorteil auf, daß Schätzung und Modellprognose nicht getrennt nacheinander ausgeführt werden, sondern in ein integriertes Verfahren eingebettet werden können. Wichtig ist ferner zu erwähnen, daß die a posteriori-Verteilung der Schätzwerte und die Prognose-

Verteilung exakte Klein-Stichprobeneigenschaften besitzen und daß die Modelle nicht mehr den üblichen, restriktiven Identifikationskriterien zu unterwerfen sind. Sieht man von dem Nachteil ab, daß beim Bayesschen Ansatz die Verteilung der Störterme festgelegt und die a priori Verteilung explizit vorgegeben werden muß, so bleibt als wichtigster Mangel des Bayesschen Ansatzes, daß er in relevanten, praktischen Fragestellungen sehr schnell — mit wachsender Parameterzahl — wegen des außerordentlichen Rechenaufwandes nicht mehr praktikabel ist.

Ziel des Buches ist es, das vom Autor entwickelte Verfahren — BAYKAL — zur Berechnung von Prognoseverteilungen vorzustellen, das zumindest für kleine bis mittlere Modelle Anwendung finden kann. Das Verfahren ist für die große Klasse von sogenannten normalen linearen Zustandsraum-Modellen mit exogenen Variablen (ZRMX-Modelle) definiert, die als Spezialfälle interdependente ökonometrische Modelle, multivariate Zeitreihenmodelle, Modelle mit Beobachtungsfehlern und System Dynamics Modelle umfassen. Zentraler Punkt des BAYKAL-Verfahrens bilden der Kalman-Filter-Ansatz und die Technik der Monte-Carlo-Integration.

Einen breiten Raum nimmt die Diskussion der asymptotischen Eigenschaften sowohl der a posteriori-Verteilung der Parameter als auch der Prognoseverteilung ein. Dazu erfolgt auf der Basis des klassischen Identifikationskonzeptes vorbereitend eine ausführliche Darstellung der Identifikationskriterien für ZRMX-Modelle und für interdependente ARMAX-Modelle. Letztere kommen als Hilfsmittel ins Spiel, da ZRM-Modelle (ZRMX-Modelle ohne exogene Variablen) und multivariate ARMA-Modelle (ARMAX-Modelle ohne exogene Variablen) ineinander überführt werden können und somit asymptotische Ergebnisse für ARMA-Modelle auf ZRM-Modelle übertragbar sind.

Anschließend wird erörtert, wie eine Anwendung des BAYKAL-Verfahrens auf nichtlineare Modelle mit Hilfe nichtlinearer Filter oder durch die Approximation nichtlinearer Filter erfolgen kann. Ferner wird gezeigt, wie die a posteriori-Verteilung und die Prognoseverteilung zur Untersuchung des dynamischen Verhaltens des Modells herangezogen werden können. Vor den praktischen Anwendungen werden einige Fragestellungen der Durchführung der Bayesschen Prognose und der Realisierung des zugehörigen Programm-systems behandelt.

Abschließend werden mit einer Reihe von Beispielen, die Eigenschaften und Möglichkeiten der Bayesschen Parameter- und Prognoseschätzung demonstriert und die Qualität der Prognoseschätzung mit jener klassischer Verfahren verglichen. Dazu wird das BAYKAL-Verfahren auf univariate autoregressive Modelle 2. Ordnung und auf das Klein-I-Modell angewandt.

Obwohl über die benötigten Rechenzeiten keine Auskunft gegeben wird, zeigt das letzte Beispiel, daß mit dem BAYKAL-Verfahren zum erstenmal eine Methode zur Verfügung steht, die es erlaubt, ökonometrische Modellprognosen im Rahmen der Bayes-Statistik auch für interdependente Modelle mit vertretbarem Rechenaufwand zu bestimmen. Somit weist dieses Buch eine mögliche und verfolgenswerte Richtung auf, um die bisher noch vorhandenen praktischen Schwierigkeiten zu überwinden, und leistet damit mehr als die vom Autor gegebene, primäre Zielsetzung, nämlich die theoretischen Grundlagen der Bayesschen Prognose und des BAYKAL-Verfahrens zu klären.

Darüber hinaus wird der Leser vertraut gemacht mit einer Fülle von Aussagen über die theoretischen Grundlagen verschiedener Gebiete, wie z. B. der Bayes-Statistik, der ZRMX- und ARMAX-Modelle, des Kalman-Filter-Ansatzes und der Monte-Carlo-Integration.

Die zugehörigen mathematischen Darstellungen beeindrucken durch ihre Eleganz und Präzision, weisen aber andererseits ein erhebliches Niveau auf. Daher richtet sich das Buch vornehmlich an den mathematisch ausgerichteten Ökonometriker. Dennoch kann es auch für solche Leser empfohlen werden, die einen Eindruck von den neuesten Entwicklungen zur Behandlung ökonometrischer Modelle im Rahmen der Bayes-Statistik gewinnen wollen.

Am Ende sei noch eine Problematik angesprochen, die nicht nur in diesem Buch anzutreffen ist und derer sich der Autor ausdrücklich bewußt ist, daß nämlich von ökonometrischen Methoden — hier die Bestimmung der a posteriori-Verteilung der Parameter und der Prognoseverteilung — erwartet wird, daß sie den klassischen statistischen Kriterien genügen müssen, wenn sie Anerkennung von der klassischen ökonometrischen Schule erwarten wollen, obwohl sie aus ihrer Zielsetzung und Konstruktion heraus eine eigenständige und ausreichende Begründung besitzen. Es soll an dieser Stelle in keiner Weise die durch die neuartigen asymptotischen Aussagen und durch die teilweise tiefliegenden zugehörigen Beweise erbrachte Leistung geschmäler werden. Dennoch muß gerade wegen dieser Leistung auf die erheblichen intellektuellen Ressourcen aufmerksam gemacht werden, die unter der Zwangsjacke der klassischen ökonometrischen Schule zur Beantwortung von Fragestellungen bereitzustellen sind, die im betrachteten Rahmen unnötig und insbesondere in der Anwendung irrelevant sind. Zudem gehen sie, wie z. B. bei den Identifikationskriterien und der Relevanz der asymptotischen Eigenschaften für den in der ökonometrischen Praxis üblichen Klein-Stichprobenfall, von Annahmen aus, deren Gültigkeit und Wert längst umstritten ist. Zudem werden häufig Türen zu der adäquaten Lösung dringender, praktischer Aufgabenstellungen zugeschlagen. Daß dem Autor dieses Buches — zusätzlich zu den dem Verfahren innenwohnenden, vollkommen ausreichenden Qualitäten — der Nachweis der klassischen asymptotischen Eigenschaften gelungen ist, dürfte seinem Verfahren auch die Anerkennung der klassischen ökonometrischen Schule sichern und kann daher in Hinsicht auf eine allgemeine Verbreitung nur als Glücksfall für die Ökonometrie angesehen werden.

M. Lösch, Bochum